

Bundeshaushalt 2010

BEKÄMPFUNG DER KRISE SPIEGELT SICH IM BUNDESHAUSHALT 2010 WIDER

18.12.2009

Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf des Bundeshaushalts 2010 werden auch für das nächste Jahr alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um die noch immer von der Wirtschaftskrise geprägte konjunkturelle Entwicklung weiter zu unterstützen. Der Bundeshaushalt 2010 ist so ein wichtiger Schritt auf dem Weg, Deutschland gestärkt aus der Krise herauszuführen.

Der Haushaltsentwurf für 2010 ist ein Spiegelbild der immer noch anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Dennoch: Ohne die im Sommer ursprünglich vorgesehene Nettokreditaufnahme von 86,1 Mrd. Euro zu überschreiten, werden Kindergeld und -freibeträge erhöht, wird mehr Geld in Bildung und Forschung investiert und werden Regelungen entschärft, die für die Wirtschaft wachstumshemmend wirken.

In weiten Teilen basiert der Haushaltsentwurf auf Plänen aus dem Sommer 2009. Zugleich berücksichtigt er das von der bürgerlichen Koalition verabschiedete „Sofortprogramm“ mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das der Bundestag am 4. Dezember beschlossen hat. Zudem bildet der Haushalt diejenigen Maßnahmen ab, die insbesondere der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme dienen.

Insgesamt steigen die Ausgaben des Bundes auf 325,4 Mrd. Euro – eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 7,3 %. Dem stehen Steuereinnahmen von nur 211,9 Mrd. Euro gegenüber, was annähernd dem Niveau des Jahres 2006 entspricht.

Die wirtschaftliche Lage bleibt schwierig

Als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch unser Land mit einem Konjunkturunbruch konfrontiert, wie ihn die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen nicht erlebt hat. Seit dem Tiefpunkt der einschneidenden Entwicklung im April erholt sich die Wirtschaft allmählich wieder. Dennoch wird die Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 um rund 5 Prozent zurückgehen.

Für 2010 wird das Bruttoinlandsprodukt zwar wieder um geschätzte 1,2 % wachsen. Bis zu einer Rückkehr zu erfolgreichen Aufschwungphasen wird jedoch noch viel zu leisten sein.

Rekordverschuldung für eine rasche Überwindung der Krise

Vor der Krise sah der Finanzplan des Bundes (2008 - 2012) vor, im Jahr 2010 lediglich noch 6 Mrd. Euro neue Schulden aufzunehmen. Jetzt in der Krise summiert sich die Neuverschuldung auf annähernd 80 Mrd. Euro mehr, weil in der gegenwärtigen Konjunkturschwäche wegen sinkender Steuereinnahmen sowie gleichzeitig steigenden Ausgaben in den öffentlichen Haushalten erhebliche Finanzierungslücken entstehen. Allein der Bund wird gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan des Sommers 2008 im kommenden Jahr Steuermindereinnahmen von gut 43 Mrd. Euro zu verkraften haben.

Auf der Ausgabenseite wird der Bund mit Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt von über 23 Mrd. Euro und mit 10 Mrd. Euro höheren Zuschüssen an die gesetzlichen Krankenversicherung dafür Sorge tragen, die konjunkturbedingten Belastungen für die Bürger und Beitragszahler zu begrenzen.

Diese krisenbedingten Lücken jetzt über Steuer- und Abgabenerhöhungen oder Ausgabenkürzungen zu schließen, wäre Gift für die Konjunktur. Zur Ausweitung der Staatsausgaben und der Neuverschuldung gibt es in der gegenwärtigen Situation also keine vernünftige Alternative. Beides ist richtig und notwendig, um noch höhere Kosten und insbesondere noch höhere Arbeitslosigkeit für unsere Volkswirtschaft und unser Gemeinwesen zu vermeiden.

Mehrausgaben für mehr Wachstum

Im zu Ende gehenden Jahr sind mit den beiden Konjunkturpaketen sowie dem „Bürgerentlastungsgesetz“ wichtige Impulse zur Bewältigung der Krise gesetzt worden. Diese Maßnahmen entfalten im Bundeshaushalt 2010 nun ihre Wirkung. Sie stärken den Impuls, der mit den bereits im Frühjahr 2009 beschlossenen Entlastungen gegeben wird: Die Einkommensteuersenkungen, die Beitragssenkung im Bereich der Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die erweiterte Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge sowie die vollständige Wiedereinführung der Pendlerpauschale.

Zudem schlagen die Maßnahmen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ im Haushaltsplan 2010 mit rund 4 Mrd. Euro zu Buche. 3,2 Mrd. Euro kommen davon allein den Familien durch die Erhöhung von Kindergeld und -freibetrag zu Gute.

Investitionen in Bildung und Forschung

Gerade in der Krise dürfen Investitionen in die Zukunft nicht vernachlässigt werden. Deshalb steigt der Haushalt im Bereich Bildung und Forschung um beachtliche 7 Prozent. In dieser Legislaturperiode steigen damit die Ausgaben in Bildung und Forschung um zusätzliche 12 Prozent. Der Bund leistet mit dieser Steigerung bereits bis 2013 seinen Beitrag, 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren. Dies sichert zukunftssträchtige Arbeitsplätze und Chancen auf den Weltmärkten.

Künftige finanzpolitische Herausforderung

Ab dem Jahr 2011 steht Deutschland vor immensen finanzpolitischen Herausforderungen. 2011 ist das erste Jahr, in dem der Bund die neue Schuldenregel des Grundgesetzes einhalten muss. Das strukturelle Defizit des Jahres 2010 von annähernd 70 Mrd. Euro ist der Referenzwert für den dann zu beschreitenden Konsolidierungskurs der nächsten Jahre. Dieses Defizit muss bis 2016 auf etwa 10 Mrd. Euro stufenweise zurückgeführt werden. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts ist auch für die Wiedereinhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts von entscheidender Bedeutung. Gerade Deutschland kann kein Interesse daran haben, den europäischen Stabilitätspakt mit seiner 3%-Neuverschuldungsgrenze aufzuweichen. Der zu beschreitende Konsolidierungskurs muss dabei mit einer wachstumsfreundlichen Ausrichtung der öffentlichen Finanzen einhergehen.